**An die
Regionale Planungsstelle Mittelthüringen
beim Thüringer Landesverwaltungsamt
Jorge-Semprún-Platz 4
99423 Weimar**

Per Mail: teilplan.wind@tlvwa.thueringen.de

Beteiligung der Öffentlichkeit zum 2. Sachlichen Teilplan „Windenergie“ Mittelthüringen gemäß § 9 Abs. 2 Satz 2 ROG in Verbindung mit § 3 Abs. 2 Satz 1 ThürLPIG im Zeitraum 26.02.2024 bis einschließlich 25.04.2024.

Einwender und Stellungnahme (Betroffenheit) der Bürgerinitiative „Lebenswertes Ilmtal“

Vorname und Familienname: Bürgerinitiative „Lebenswertes Ilmtal“ 1. Sprecher Dr. Thomas Bienert

**Straße und Hausnummer: Mühlweg 11
Postleitzahl und Ort: 99326 Stadtilm OT Dienstedt**

Bei der Verwendung meiner personenbezogenen Daten wird darauf verwiesen, dass gemäß Datenschutzhinweise, https://regionalplanung.thueringen.de/fileadmin/user_upload/Allg-RP/AllgDokumente/DatSchutzHinweise-2024-01.pdf es bezüglich der Verarbeitung zur Abwägung es um die Stellungnahme gehen muss und nicht um den Stellungnehmer. Die Persönlichen Daten sind diesbezüglich zu anonymisieren.

Ich/ wir beantrage(n) eine schriftliche Bestätigung des Eingangs dieser Einwendung / Stellungnahme.

Wir machen insbesondere folgende Einwendungen gegen die ausgewiesenen **Windvorranggebiete W-26 und W-29** an die Regionale Planungsgemeinschaft Mittelthüringen geltend und lehnen diese aus den nachfolgend aufgeführten Gründen ab:

1. Bis zum Jahr 2021 war das W-26 genannte Gelände explizit als Windvorranggebiet ausgeschlossen worden, weil Naturschutzgründe dagegen sprachen (vgl. Ermittlung von Präferenzräumen für die Windenergienutzung in Thüringen im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft vom 10.02.2015, hier Erläuterungsbericht 2. Regionaler Teil Planungsregion Mittelthüringen S. 28). Das nun W-29 Großliebbringen genannte Gelände war bis zum Jahr 2021 als Windvorranggebiet in die geringste Priorität gesetzt worden, weil auch hier Gründe des Naturschutzes (Vorkommen von windenergiesensiblen Vogelarten) dagegen sprachen. Nun wurden auf Veranlassung der Bundesregierung solche Gründe als nachrangig eingestuft. An den regionalen Gegebenheiten und Voraussetzungen hat sich jedoch nichts geändert. Landschaftsbild prägend und entsprechend wertvoll sind im Bereich der Muschelkalkplatten insbesondere die großflächigen Laub- und Mischwaldbestände (... , Reinsberge, nördliches Mittleres Ilmtal) sowie die markanten, abbrechenden Muschelkalkschichtstufen z. B. an der Ilm (vgl. Umweltbericht zum Regionalplan Mittelthüringen – Änderung (1. Entwurf) Punkt. 2.7 Schutzgut Landschaft S. 29). Windkraftgefährdete Arten, wie der heimische Rotmilan, der Schwarzstorch und Fledermäuse haben hier ihren natürlichen Lebensraum. Das Risiko, dass die hier lebenden Arten zum Schlagopfer werden ist groß und die Errichtung von Windkraftanlagen in diesem Gebiet hätte unabsehbare Folgen für die im Ilmtal existierenden Populationen. Auch die Zahl der Vorkommen an Feldhasen hat in Thüringen im vergangenen Jahr abgenommen (vgl. Bericht Thüringer Allgemeine vom 26.03.2024). Ursache für das Sinken des Bestandes ist eine Bedrohung des Lebensraumes u.a. durch steigenden Flächenverbrauch und eine verstärkte Zerschneidung der Landschaft. In diesem Zusammenhang haben auch generell bereits das Bundesamt für Naturschutz (BfN-Skripten 562/2020, S. 83 ff.) und nun jüngst der Bundesrechnungshof (Bericht zur Umsetzung der Energiewende im Hinblick auf die Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Umweltverträglichkeit der Stromversorgung vom 7. März 2024, S. 47 ff.) erhebliche Bedenken gegen die Art und Weise beim Ausbau der Windkraft im Hinblick auf Artenschutz, Flächen und Landschaft formuliert. Und auch die EU (Erwägungsgrund 26 der EU-Richtlinie 2023/2412) mahnt den naturverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien an und schreibt diesen vor. Die Erhaltung der biologischen Vielfalt ist nicht nur ein durch verschiedene bundes- oder landesrechtliche Regelungen fixiertes, sondern durch UN-Konventionen und EU-Richtlinien auch international verankertes Umweltziel. Voraussetzungen dafür sind, neben dem Schutz einzelner Arten, die Bewahrung einer vielfältigen Lebensraumstruktur und von großen zusammenhängenden bzw. funktionell vernetzten Ökosystemen (vgl. Umweltbericht zum Regionalplan Mittelthüringen – Änderung (1. Entwurf) Punkt. 3.1 Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen S. 33).

2. Das Gelände W-26 ist nie geologisch genauer untersucht worden und gilt unter Umständen als instabil. Es handelt sich dabei um das Flussbett der sogenannten Ur-Ilm, welches bis vor ca. 500.000 Jahren auf Grund der Fließbewegungen Auswaschungen, Spalten und weitverzweigte Höhlen (u.a. die Dienstedter Karsthöhle) hervorbrachte. Der Bergzug bestehend aus relativ weichem Muschelkalk hält somit vermutlich den Tonnenlasten von Windrädern nicht stand. Geologische Untersuchungen in dieser Hinsicht wurden im Vorfeld der Festlegung als

Vorranggebiet offensichtlich unterlassen. Zudem beeinflussen Windräder das Wetter und das Mikroklima, da sie der Atmosphäre täglich Energie entziehen. Sie führen zu einer Austrocknung der Böden. Auf Grund der großflächigen Bodenversiegelung besteht zunehmend die Gefahr von Überschwemmungen, da das Wasser durch Regen, Schnee nicht in die Bodentiefe sickern kann, sondern oberflächlich abfließen muss. Mit der Folge, dass die Gefahr von Hangabrutschen zur Ilm steigt.

3. Die geplanten Windkraftanlagen werden insbesondere auf Grund der extremen Höhe über viele Kilometer weithin sichtbar sein und das charakteristische Landschaftsbild des Ilmtales nachhaltig als wichtiges Natur- und Erholungsgebiet zerstören. Außerdem verfremden sie auch radikal die historischen Ortsbilder der angrenzenden Dörfer und Städte. Dies wird erhebliche negative Auswirkungen auf den Tourismus, nicht nur auf den prämierten Ilmtal- Radweg sondern die gesamte Ilmtalregion haben.

4. Die vorgesehenen Windräder führen zu keiner oder kaum nennenswerter Wertschöpfung vor Ort. Sie dienen nicht der Stromversorgung der jeweiligen Kommune oder umliegender Gemeinden. Es gibt auch keinerlei Verpflichtung zur Versorgungssicherheit der Region. Nach § 6 EEG 2023 haben Anlagenbetreiber die Möglichkeit, an die in einem Umkreis von 2500 m um die WKA betroffenen Gemeinden 0,2 Cent/kwh auszuzahlen. Zu dieser Zahlung ist der Anlagenbetreiber jedoch gesetzlich nicht verpflichtet, es handelt sich um eine freiwillige Zahlung. Auch ein Verweis auf Gewerbesteuern ist wenig relevant. Diese bemisst sich nach dem Gewinn einer Firma. Windparkprojekte werden in der Regel fremdfinanziert. Bei einer durchschnittlichen Kreditlaufzeit von 15 Jahren, könnten frühestens ab dem 16. Betriebsjahr Gewinne generiert werden. Jedoch ist dabei nicht unberücksichtigt zu lassen, dass zum Ende der durchschnittlichen Nutzungsdauer von 20 Jahren die Reparaturanfälligkeit und damit die Instandhaltungskosten der WKA steigen und somit der Gewinn der Anlagenbetreiber gemindert wird. Vor diesem Hintergrund sind Prognosen für Gewerbesteuern ab dem 16. Betriebsjahr kritisch zu betrachten.

5. Untersuchungen in anderen Gebieten erbrachten Nachweise von erheblichen gesundheitlichen Auswirkungen auf den Menschen in der Nähe von Windkraftanlagen. Der Rotor macht zwischen 5-20 Umdrehungen in der Minute. Windkraftwerke erzeugen Lärm. Sie erzeugen hörbaren als auch unhörbaren Schall und Schlagschatten – und das ständig. Bei den von den Windrädern erzeugten Geräuschen handelt es sich entweder um mechanische Geräusche des Triebstrangs oder aerodynamische Laufgeräusche. Bei dem unhörbaren Schall handelt es sich um den sogenannten Infraschall (Schallwellen mit einer Frequenz von unter 16 Hertz; diese sind vom menschlichen Ohr nicht wahrnehmbar). Ursache des Infraschall sind Wirbellablösungen am Rotorblattende und er breitet sich nach allen Richtungen über große Entfernungen aus. Die Luftdruckschwankungen können als Pulsationen und Vibrationen mit einem zusätzlichen Druckgefühl auf den Ohren wahrgenommen werden. Anwohner klagen oft über das sogenannte Wind-Turbinen-Syndrom, welches durch Infraschall hervorgerufen wird. Zu den Symptomen gehören u.a. Kopfschmerzen, Schwindelgefühle, Schlafstörungen, Übelkeit, Tinnitus und Reizbarkeit. Aber auch über Herzrhythmusstörungen klagen Anwohner. Es gibt Hinweise auf ständig erhöhten Blutdruck, Konzentrationsstörungen und verminderte Leistungsfähigkeit. (vgl. Studie "Untersuchung zu gesundheitlichen Beeinträchtigungen von Anwohnern durch den Betrieb von Windenergieanlagen in Deutschland anhand von Falldokumentationen"; Kaula, S.; DSGS e.V.(2019)). Auch Schlagschatten wird im Windatlas als gesundheitsschädlich bezeichnet. Deshalb dürfen Wohnhäuser jeweils nicht mehr als 30 Minuten am Tag und 30 Stunden im Jahr von Schattenschlag getroffen werden. (gemäß den Hinweisen zur Ermittlung und Beurteilung der optischen Immissionen von Windkraftanlagen Aktualisierung 2019 - (WKA-Schattenwurfhinweise) Stand: 23.01.2020). In anderen Ländern der EU wurden bereits gesundheitliche Schädigungen von Menschen durch Windkraftanlagen gerichtlich festgestellt. So wurden in Frankreich im März 2024 die Baugenehmigungen für alle im Land vorhandenen und geplanten Windkraftanlagen per staatlicher Anweisung bzw. Urteil u.a. wegen fehlender Lärmmessverordnungen für nicht rechtens erklärt (vgl. <https://www.tichyseinblick.de/meinungen/windraeder-in-frankreich-nicht-mehr-genehmigt>).

6. Neben diesen gesundheitlichen Aspekten sind weitere negative Auswirkungen für die Grundwasserqualität absehbar. Die rotierenden Windradblätter verlieren regelmäßig Mikro- und Nanopartikel des verwendeten Materials, die nicht natürlich abbaubar sind und in den Boden gelangen bzw. das Grundwasser kontaminieren. Diese Tatsache räumt auch eine Information des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages (Drucksache WD 8 - 3000 - 077/20 vom 8. Dezember 2020) ein.

7. Windkraftanlagen verursachen klimatische Veränderungen in Form künstlicher Erwärmung unseres Lebensraumes: entsprechend des Energieerhaltungssatzes wird der vom Atlantik kommende Wind als Folge von Temperaturengleich stark gemindert, so dass weniger feuchte Luftmassen das Festland erreichen (künstliche Trockenheit und Erwärmung). Eine Langzeitstudie aus Österreich weist nach, dass es im Burgenlandkreis von 1961 bis 1996 keine Temperaturschwankungen gab. Nach Errichtung der Windkraftanlagen in der Zeit von 1997 bis zum Jahre 2023 wurde ein Temperaturanstieg von + 3,8 Grad Celcius an den Windradstandorten gemessen (vgl. <https://eike-klima-energie.eu/2024/02/11/windenergie-im-burgenland-klimaschutz-oder-klimaschaden>). Und der berechnete lineare Trend spricht für einen weiteren Temperaturanstieg.

8. Mit dem Bau der Windräder in den Gebieten W-26 und W-29 geht ein erheblicher Eingriff in den Boden durch die Herstellung gewaltiger Bodenplatten aus Beton einher. Es werden Fundamente mit einem Durchmesser von 25 bis 30 Meter Durchmesser und einer Tiefe bis zu 4 Metern, in Abhängigkeit von der Anlagenhöhe, vor Ort gegossen. Hinzu kommen mehrere, statisch bedingte Betonbodenanker von ca. 6 m Durchmesser und bis zu 30 m Tiefe. Dafür werden durchschnittlich etwa 1.300 Kubikmeter = 3.900 Tonnen Beton benötigt. Diese Menge entspricht etwa 150

Fahrzeugladungen von Schwerlasttransporten (40 Tonnen) (Quelle: PT-Magazin für Wirtschaft und Gesellschaft 03.04.2023). Hinzu kommen nach Angaben des Bundesverbandes WindEnergie für ein Windrad mit einer Leistung von fünf Megawatt (MW) inklusive Turbine, Turm und Fundament 500 bis 600 Tonnen Stahl (100 Tonnen je MW). Dabei hat der Turm der WKA und dessen Höhe den größten Einfluss auf die Gesamtmenge. Neben der reinen Fläche summieren sich noch entsprechende Zuwegungen pro Windrad von mindestens 6,5 Meter Durchfahrtsbreite (in Kurven bis zu 20 Meter Breite) und 60 Zentimeter Schotterschicht hinzu. Nicht zu vergessen sind ebenfalls noch die für die Weiterleitung des erzeugten Stromes erforderlichen Stromtrassen (Mittelspannungsleitungen bzw. bei Windparks mit vielen Windrädern Hochspannungsleitungen). Diese werden von den WKA – zumeist parallel von bestehenden Straßen – bis zum nächsten Versorgungsanschluss bzw. Umspannwerk realisiert, d.h. es kommen unter Umständen bis zu 10 km lange weitere größere Bodeneingriffe hinzu.

9. Die Risiken bei der Begleichung der Rückbaupflichten durch die Flächeneigentümer (Verpächter) sind enorm. Gemäß § 35 des Baugesetzbuches sind zwar die Betreiber von Windkraftanlagen zum Rückbau sowie zur Beseitigung der Bodenversiegelung zum dauerhaften Ende der Nutzung verpflichtet. Diese Rückbaupflichtung gilt nicht nur bei einer Betriebsstilllegung, sondern auch z.B. für den Fall der Insolvenz oder bei einem technischen Totalschaden. Der Umfang der Rückbaupflichtung ist durch Rechtsprechung bestätigt (VGH Hessen, Beschluss vom 12.01.2005, AZ: 3 ZU 2619/03) und beinhaltet auch die vollständige Beseitigung der Fundamente. Die Grundstücke sind bei Aufgabe in den Ursprungszustand, wie vor der Nutzung, zurückzusetzen. Der Rückbau ist jedoch in der Regel finanziell nur zum Teil durch die Anlagenbetreiber abgesichert. Gem. § 35 Baugesetzbuch kann die Baugenehmigungsbehörde eine Sicherheitsleistung zur Sicherstellung der Rückbaupflichtung verlangen. Es gibt jedoch keine bundeseinheitliche Berechnungsformel für die Höhe der Sicherheitsleistung. Die voraussichtlichen Kosten für den Rückbau nach ca. 20 Jahren Nutzungsdauer lassen sich nicht allgemein beziffern und müssen immer durch eine Einzelfallprüfung errechnet werden. Der Grundstückseigentümer haftet folglich gesetzlich bei einem Ausfall des Pächters/ Betreibers der Windräder z.B. bei Insolvenz unbeschränkt für den Rückbau und der vollständigen Beseitigung der Bodenversiegelung.

10. Die Gefahr des Wertverlustes von Immobilien in der Nähe von Windkraftanlagen ist evident. Eine Studie aus dem Jahr 2019 des RWI – Leibniz Institut für Wirtschaftsforschung zeigt, dass Windkraftanlagen zu sinkenden Preisen von Einfamilienhäusern in unmittelbarer Umgebung führen können. Am stärksten betroffen sind Häuser in ländlichen Gebieten. Hier kann der Wertverlust innerhalb des Ein-Kilometer-Radius sogar 23 Prozent betragen. Mit zunehmendem Abstand von der Windkraftanlage verringert sich der Effekt. Bei einem Abstand von acht bis neun Kilometern haben Windkraftanlagen keine Auswirkungen mehr auf die Immobilienpreise. Den Wertverlust der Immobilien führen die Forscher auf die negativen Auswirkungen von Windrädern auf ihre unmittelbare Umgebung zurück – etwa durch Lärm und die Störung des Landschaftsbildes. Zudem konterkarieren die Pläne deutlich die sowohl von der Bundesregierung und deren nachgeordneten Behörden propagierten Empfehlungen zum Erwerb von Immobilien als Teil der persönlichen Altersvorsorge. Dafür warben die Bundesminister für Finanzen (Lindner, FDP) und für Soziales (Heil, SPD) auf einer Pressekonferenz am 6. März 2024 (vgl. <https://www.spiegel.de/wirtschaft/service/altersvorsorge-was-das-rentenpaket-fuer-sie-bedeutet-a-7e8657e8-33cf-4388-a52b-713fa98cca659>) oder auch die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Gundula Roßbach am 9. November 2023 auf dem „Deutschen Bauspartag – Bezahlbares Wohnen“ in Würzburg (vgl. <https://www.deutsche-rentenversicherung.de/DRV/DE/Ueber-uns-und-Presse/Presse/Meldungen/2023/231108-09-presseseminar.html>).

11. Die im Entwurf des 2. Sachlichen Teilplans angegebene Prognose für Windgeschwindigkeiten im Vorranggebiet W-26 von 6,5-6,8 m/s (S. 132) bzw. für das Gebiet W-29 6,2 -6,7 m/s (S. 178) bei jeweils 160 m Höhe können nicht als Argument geltend gemacht werden. Die Angaben sind reine Schätzungen. Es gibt für Thüringen bislang keinerlei Messungen von Windgeschwindigkeiten in 160 m Höhe. Vorhandene Messstationen – wie die des Deutschen Wetterdienstes - ermitteln Werte lediglich in 10 m und 80 m Höhe. Moderne Windmessanlagen wie Wind-LIDAR kamen offensichtlich in Thüringen bislang nicht zum Einsatz, sonst wären konkretisierte Angaben hinsichtlich der Windgeschwindigkeiten zu W-26 (und anderen Gebieten) möglich. Bis zum Jahr 2021 war das Windvorranggebiet W-29 Großliebringen wegen seiner nur „mäßigen Windleistung“ in die geringste Priorität eingeordnet. (vgl. vgl. Ermittlung von Präferenzräumen für die Windenergienutzung in Thüringen im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Infrastruktur und Landwirtschaft vom 10.02.2015, hier Erläuterungsbericht 2. Regionaler Teil Planungsregion Mittelthüringen S. 48).

12. Mit Blick auf eine Thüringen- bzw. sogar Deutschlandkarte existiert generell eine (erneute) Ungleichbehandlung und Mehrbelastung der ländlichen Räume. Die im Grundgesetz in Artikel 72 verankerte Pflicht zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse wird mit der vermehrten Aufstellung von Windkraftanlagen in ländlichen Regionen verletzt. Die ohnehin bestehenden strukturellen Nachteile werden somit zusätzlich verstärkt.

Aus den oben genannten zwölf sachlichen Gründen lehnen wir, die Bürgerinitiative „Lebenswertes Ilmtal“, die Ausweisung der Windvorranggebiete W-26; W-29 vollständig ab.

Ort: Stadtilm OT Dienstedt

Datum: ...April 2024

Unterschrift: